



MdL Alexandra Hiersemann, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Herrn
Bundesaußenminister
Heiko Maas
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

**Abgeordnete
Alexandra Hiersemann**

Mitglied im Ausschuss für:
Eingaben und Beschwerden

Freitag, 16. Juli 2021

Abgeordnetenbüro:

Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen

Tel. 09131 81265-44
Fax 09131 81265-34

alexandra.hiersemann.sk@
bayernspd-landtag.de

www.alexandra-hiersemann.de

Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
lieber Heiko,

hiermit möchte ich mich als ausländer- und asylpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion vertrauensvoll an Dich wenden mit der Bitte, dringend eine neue Bewertung der Lage in Afghanistan, mit dem Ziel eines bundesweiten Abschiebungsmoratoriums zu erzielen.

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist bereits seit vielen Jahren höchst volatil. Es liegt eine multiple, vielschichtige und ernsthafte Bedrohungslage vor, die sich mit dem Rückzug der US-Truppen sowie der Bundeswehr in den letzten Wochen nochmals umfänglich verschärft hat. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen verweisen immer wieder auf die desaströsen Zustände vor Ort und dokumentieren massive Menschenrechtsverletzungen. Bedauerlicherweise erscheint mit der derzeitigen Stärkung der Taliban eine weitere Verschlechterung der Lage unabwendbar.

Neben Kampfhandlungen, Entführungen, Terroranschlägen, gezielten Tötungen und einer massiven Beschränkung der Menschenrechten ist auch die gesundheitliche Situation vor Ort höchst bedenklich. Zudem hat sich die medizinische Grundversorgung durch die COVID-19 Pandemie nochmals drastisch verschlechtert. Hinzukommend zählt Afghanistan zu den ärmsten Länder der Welt, weist eine besonders hohe Kindersterblichkeit auf, besitzt eine sehr hohe Korruptions- wie auch Arbeitslosenrate und belegt im Global Hunger Index sowie im Democracy Index einen der letzten Plätze.



Ungeachtet dessen werden durch deutsche Behörden weiterhin Abschiebungen nach Afghanistan durchgeführt. Dies ist nicht nur menschenrechtlich höchst problematisch, sondern auch aus einem humanitären und rechtsstaatlichen Verständnis heraus besonders fragwürdig. Nicht ohne Grund bat die afghanische Regierung dringend darum, aktuell von Abschiebungen abzusehen.

Mir ist bewusst, dass die Asylpraxis federführend das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zu verantworten hat. Nichtsdestotrotz ist ein entscheidender Faktor, der bei Asyl- und Abschiebeentscheidungen Berücksichtigung findet, der aktuellste Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes. Da davon ausgegangen werden kann, dass mit einer neueren Fassung aus Deinem Haus bald zu rechnen ist, bitte ich darum, die katastrophalen Umstände vor Ort entsprechend zu würdigen und derzeit generell von Abschiebungen nach Afghanistan abzuraten. Die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Non-Refoulement-Prinzips, muss oberstes Gebot sein und wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen massive Menschenrechtsverletzungen drohen.

Auch die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Bärbel Kofler MdB, hat sich dementsprechend positioniert und sich für eine Aussetzung aller Abschiebungen dorthin ausgesprochen.

In meiner Arbeit im bayerischen Petitionsausschuss erfahre ich fast täglich, dass sich bayerische Behörden, die bayerische Staatsregierung, nicht zuletzt auf die Lageberichte des Auswärtigen Amtes stützen. Dies hat, besonders in Bayern, immer wieder zu Folge, dass unnötige, humanitär-bedenkliche und aus meiner persönlichen Sicht menschenrechtswidrige Abschiebungen insbesondere nach Afghanistan aus bayerischer Zuständigkeit vollzogen werden. Ausdrücklich möchte ich betonen, dass nur ein eher geringer Prozentsatz der Abgeschobenen zum Kreis der sogenannten Straftäter und Gefährder gehört.



In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, Dich auf unseren Antrag der BayernSPD-Landtagsfraktion „Keine Abschiebungen in Corona-Risikogebiete und autoritäre Staaten!“ aufmerksam zu machen, den ich Dir auch an dieses Schreiben angehängt habe (Drs. 18/16272). Darin fordern wir die Bayerische Staatsregierung als oberste Landesbehörde auf u.a. einen Abschiebestopp gem. § 60a Abs. 1 bzw. § 23 Abs. 1 AufenthG für autoritäre Staaten und Corona-Risikogebiete zu erlassen, was auch beides auf Afghanistan zutrifft. Die entsprechende Begründung kann im Detail dem Antrag entnommen werden.



Herzlich bitte ich Dich, mit allem nötigen Nachdruck innerhalb der Bundesregierung für ein bundesweites Abschiebemoratorium nach Afghanistan zu sorgen. Gleichzeitig sehe ich einem aktuellen Lagebericht, insbesondere vor dem Hintergrund des Vormarsches der Taliban, mit höchstem Interesse entgegen.

Für Deine Arbeit mit hoher Verantwortung, die Du zu tragen hast, danke ich sehr herzlich!

Mit freundlichen Grüßen

Alexandra Hiersemann

Anlage:

Antrag der BayernSPD-Landtagsfraktion „Keine Abschiebungen in Corona-Risikogebiete und autoritäre Staaten!“ (Drs. 18/16272)

Meine örtliche Bundestagskollegin Frau Martina Stamm-Fibich, MdB, erhält einen Abdruck dieses Schreibens.